

Amtliche Bekanntmachung



Amtsgericht Mettmann

Beschluss

Im Wege der Zwangsvollstreckung zum Zwecke der Aufhebung der Gemeinschaft soll am

**Freitag, 13.11.2026, 11:00 Uhr,
Erdgeschoss, Sitzungssaal 1, Gartenstraße 7, 40822 Mettmann**

folgender Grundbesitz:

Grundbuch von Erkrath, Blatt 10273,

BV lfd. Nr. 3

Gemarkung Erkrath, Flur 20, Flurstück 1109, Gebäude- und Freifläche, Zum Nordbahnhof 14, Größe: 913 m²

versteigert werden.

Laut Wertgutachten handelt es sich um ein freistehendes Einfamilienhaus mit Nebengebäuden in 40699 Erkrath, Zum Nordbahnhof 14 (Baujahr ca. 1914). Das Hauptgebäude verfügt über ein Kellergeschoss mit ca. 54,18 m² Nutzfläche, ein Erdgeschoss mit ca. 50,21 m² sowie 48,69 m² Wohnfläche, ein Obergeschoss mit ca. 54,68 m² Wohnfläche sowie ein Dachgeschoss mit ca. 33,61 m² Nutzfläche. Das Grundstück verfügt außerdem noch über eine Doppel-Garage, ein Werkstattgebäude, ein Lagergebäude sowie einen überalterten Holzlagerschuppen.

Der Versteigerungsvermerk ist in das genannte Grundbuch am 07.07.2025 eingetragen worden.

Der Verkehrswert wurde gemäß § 74a Abs. 5 ZVG auf

542.000,00 €

festgesetzt.

Ist ein Recht in dem Grundbuch nicht vermerkt oder wird ein Recht später als der Versteigerungsvermerk eingetragen, so muss der Berechtigte dieses Recht spätestens im Versteigerungstermin vor der Aufforderung zur Abgabe von Geboten anmelden. Er muss das Recht glaubhaft machen, wenn der Gläubiger widerspricht. Das Recht wird sonst bei der Feststellung des geringsten Gebots nicht berücksichtigt und bei der Verteilung des Versteigerungserlöses dem Anspruch des Gläubigers und den übrigen Rechten nachgesetzt. Soweit die Anmeldung oder die erforderliche Glaubhaftmachung eines Rechts unterbleibt oder erst nach dem Verteilungstermin erfolgt, bleibt der Anspruch aus diesem Recht gänzlich unberücksichtigt.

Es ist zweckmäßig, schon zwei Wochen vor dem Termin eine genaue Berechnung des Anspruchs, getrennt nach Hauptbetrag, Zinsen und Kosten der Kündigung und der die Befriedigung aus dem Versteigerungsgegenstand bezweckenden Rechtsverfolgung, einzureichen und den beanspruchten Rang mitzuteilen. Der Berechtigte kann die Erklärung auch zur Niederschrift der Geschäftsstelle abgeben.

Wer ein Recht hat, das der Versteigerung des Versteigerungsgegenstandes oder des nach § 55 ZVG mithaftenden Zubehörs entgegensteht, wird aufgefordert, die Aufhebung oder einstweilige Einstellung des Verfahrens zu bewirken, bevor das Gericht den Zuschlag erteilt. Geschieht dies nicht, tritt für das Recht der Versteigerungserlös an die Stelle des versteigerten Gegenstandes.